

# Schaffung einer Odergemeinschaft für Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft

Klaus-Heinrich Standke

(2003)

## **(1) Politischer Hintergrund:**

Der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski hat im Oktober 1999 im Hotel Adlon in einer von Berliner Seite bislang wenig wahrgenommenen programmatischen Rede den Vorschlag gemacht, eine „Odergemeinschaft für Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft“ zu schaffen. Inspiriert von der Kernzelle der heutigen EU, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), legte der polnische Staatspräsident dar, dass anders als in den Fünfziger Jahren des XX. Jahrhunderts, der heutige Rohstoff für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder Europas nicht mehr Kohle und Stahl sei, sondern „Bildung und Wissen“.

Ihm schwebte bei seinem Vorschlag eine systematische Vernetzung der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen grenzanrainenden westlichen Wojwodschaften Polens – einschließlich Großpolens – einerseits und der östlichen Bundesländer Deutschlands – einschließlich Berlins – andererseits vor:

*“Im Großraum Berlin entsteht ein neues großes europäisches Wissenschaftszentrum. Als Nachbar und enger Partner Deutschlands dürfen wir diese sich hier anbietende Kooperationschance nicht unterschätzen. Wir wollen deutsche Erfahrungen nutzen. Wir möchten auch die Kooperation mit Deutschland im Bereich Wissenschaft und Bildung erweitern. Deutschland verfügt hier über ein schnell wachsendes wissenschaftlich-technisches Potential, wir verfügen über renommierte Hochschulen und eine dynamische, junge Wissenschaftlergeneration. Wir hätten also ein starkes Interesse an einer schnelleren Verwirklichung der großen Pläne zum Ausbau des deutschen Wissenschafts- und Bildungspotentials in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.”<sup>1</sup>*

Die Außenminister der beiden Länder *Joseph Fischer* und *Bronislaw Geremek* haben dies Thema im Februar 2000 wie folgt aufgegriffen: *„In den 90er Jahren sind Projekte entstanden wie der vom brandenburgischen Ministerpräsidenten angeregte Plan einer intensiven grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In letzter Zeit gibt es in Polen Stimmen, im Rahmen der EU einen polnisch-deutschen ‚Oder-Verband‘ zu schaffen, oder gar etwas wie die ‚Gemeinschaft für Kohle und Stahl des 21. Jahrhunderts‘ – nicht in der Schwerindustrie oder der Landwirtschaft, sondern im Schul- und Bildungswesen – so dass in einigen Jahren diese Region zwischen Berlin, Rostock, Stettin, Warschau und Krakau das europäische Innovationszentrum nach Osten erweitert.“<sup>2</sup>*

Zu erinnern in diesem Zusammenhang ist auch an die privilegierte Partnerschaft, die der damalige Brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe zwischen Ostdeutschland und Polen vorschlug (‚Stolpe-Plan‘).

---

<sup>1</sup> Kwasniewski, Aleksander, Die Oder-Gemeinschaft als neue Achse der Integration, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.9.1999

<sup>2</sup> Fischer, Joseph und Geremek, Bronislaw, Europa ist unsere letzte Utopie, in: Der Tagesspiegel, 17.2.2000, S.6

Der Autor hat in verschiedenen Demarchen, u.a. in seiner Untersuchung über  
**Die Rolle Berlins innerhalb der Ost-West-Kompetenz der Bundesländer**<sup>3</sup>,

aber auch in persönlichen Gesprächen mit Berliner Politikern, so u.a. mit dem Präsidenten der Berliner Abgeordnetenhaus, Walter Momper, dem damaligen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen und der damaligen Europa-Staatssekretärin Hildegard Boucsein und später mit dem jetzigen Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und mit Staatssekretärin Monika Helbig, mit Senator Harald Wolf und Staatssekretär Volkmar Strauch auf den polnischen Vorschlag hingewiesen und die Chance für Berlin betont, auf diesem für die Zukunft der Stadt wichtigen Gebiet in Konzertierung mit den grenzanrainenden anderen neuen Bundesländern eine wichtige Vorreiterrolle spielen zu können.

Das Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit dem Raum Berlin einerseits und den westlichen Grenzregionen Polens andererseits ist erheblich.

Nachdem beispielsweise der Ministerpräsident Brandenburgs, Matthias Platzeck, am 25. April 2003 mit dem Marschall von Wielkopolska, Stefan Mikolajczak, eine Erklärung zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Land Brandenburg und Großpolen unterzeichnet hat, war es bemerkenswert, dass der Brandenburgische Minister für Wirtschaft, Ulrich Junghans, in seinem Statement am 26.4.2003 vor der Plenarsitzung in der Aula der Adam-Mieckiwickz Universität Posen ausdrücklich von den Kooperationspotentialen der „**Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg**“ auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie gesprochen hat.

Der Brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck ist von mir anlässlich des MOE-Salons in den Räumen der Staatskanzlei in Potsdam am 23.6.2003 über das Projekt unterrichtet worden, dem er spontan seine Unterstützung zugesichert hat. Auf Grund einer persönlichen Demarche des MOE-Koordinators des RBM, Dr.-Ing.e.h. Wolfram O. Martinsen, haben sowohl der Regierende Bürgermeister von Berlin als auch der Ministerpräsident des Landes Brandenburg ihre Bereitschaft erklärt, die Schirmherrschaft für die angestrebte Odergemeinschaft zu übernehmen:

- Der Regierende Bürgermeister hat am 14. August 2003 mitgeteilt, dass er bereit sei – gemeinsam mit Herrn Ministerpräsident Platzeck - die Schirmherrschaft über dies Projekt zu übernehmen. Die Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters – wie

---

<sup>3</sup> *Standke, Klaus-Heinrich*, Die Rolle Berlins innerhalb der Ost-West-Kompetenz der Bundesländer, Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität, Heft 12/2000, Seite 63  
Siehe auch: *Standke, Klaus-Heinrich*, Chancen und Risiken für Berlin durch die EU-Osterweiterung. Ein Diskussionsbeitrag zur Debatte im Berliner Abgeordnetenhaus am 30. Januar 2003, in: BerliNews, Februar 2003, [www.BerliNews.de](http://www.BerliNews.de)  
Siehe ferner: *Standke, Klaus-Heinrich*, Berlin im Standortwettbewerb - Zur Notwendigkeit eines integrierten Berliner Strategiekonzepts gegenüber der EU-Osterweiterung, Mai 2004 in „BerliNews, Onlinemagazin an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft“, 24. April 2004, [www.BerliNews.de](http://www.BerliNews.de) sowie in [www.wirtschaftsforumberlin.de](http://www.wirtschaftsforumberlin.de)

dies in derartigen Fällen üblich ist - hat rein ideellen Charakter ohne finanzielle oder rechtliche Verpflichtungen.

- Die Staatskanzlei in Potsdam hat am 23. September 2003 bestätigt, dass auch der Brandenburgische Ministerpräsident dies Projekt für unterstützenswert hält und grundsätzlich bereit ist, die Schirmherrschaft gemeinsam mit Herrn Wowerit zu übernehmen. Der Ministerpräsident bittet jedoch, das Arbeitsprogramm des Projektes zu konkretisieren. Insbesondere sei es wichtig zu wissen, wer die Teilnehmer sind, die für eigene fachliche und organisatorische Beiträge bereit stünden. Daneben sei die vorgesehene Finanzierung zu klären.

Andere Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer, insbesondere der von Mecklenburg-Vorpommern – eventuell auch von Sachsen – gilt es ebenfalls in das Projekt einzubinden.

Auf polnischer Seite kann die Bereitschaft zur Mitwirkung der Marschälle bzw. der Wojwoden der grenzanrainenden Wojwodschaften, aber auch von Großpolen, grundsätzlich als gesichert gelten. Selbstredend können aus diesen mündlichen ‚good will‘-Erklärungen (S. Anlage) keine rechtlichen oder finanziellen Verpflichtungen abgeleitet werden. Aber hierauf kommt es bei dem jetzigen Stand der Planungen auch nicht an.

Bei Besuchen in Warschau hat sich der Verfasser für die Umsetzung des Appells der Unterstützung der Präsidialkanzlei, Pawel Swieboda, Direktor für internationale Beziehungen in der Kanzlei des Staatspräsidenten und derzeitiger Direktor der EU-Abteilung im polnischen Außenministerium, sowie des damaligen Wissenschaftsministers Andrzej Wiszniewski und – Ende Mai 2003 – des jetzigen Amtsinhabers Michail Kleiber versichert.

Auch EU-Kommissar Gunter Verheugen hat bei einem persönlichen Gespräch erkennen lassen, dass er dies Projekt für einen der erfolgversprechendsten grenzüberschreitenden Projektvorschläge hält, die ihm begegnet seien.

Das Projekt hat schließlich im Jahr 2002 Eingang gefunden in den Maßnahmenkatalog der von der Investitionsbank Berlin erarbeiteten Initiative zur Vorbereitung der Berliner Wirtschaft auf die MOE-Osterweiterung.

Es ist ebenfalls Teil des Maßnahmenkatalogs der Senatskanzlei, dargestellt im „Positionspapier zur Zusammenarbeit des Landes Berlin mit Mittel- und Osteuropa – Grundsätze und Schwerpunkte -“, welches am 14.10.2003 vom Berliner Senat verabschiedet wurde.

Explicit und implicit wurde die Odergemeinschaft bzw. das Netzwerk Oderregion an verschiedenen Stellen erwähnt:

Seite 4: „1. die Stärkung Berlins als Standort für Ost-West-Zusammenarbeit, insbesondere

....

- Berlin als Teil und Zentrum einer grenzüberschreitenden Großregion

....

3. Die Umsetzung dieser Zielsetzung orientiert sich an folgenden Schwerpunkten:

- Der Kooperation mit Metropolenräumen in Mittel- und Osteuropa, insbesondere im Kontext der Städtepartnerschaften und –netzwerke.
- Der Zusammenarbeit mit den grenznahen polnischen Wojwodschaften Westpommern, Großpolen, Lebus Land und Niederschlesien mit dem Ziel der Schaffung eines engen Wirtschaftsraums („**Odergemeinschaft**“).

Seite 8: ...Weitere Abstimmung des Projekts „**Odergemeinschaft**“ im Rahmen der Deutsch-Polnischen Regierungskommission.

Beteiligung an dem Projekt „Deutsch-Polnisches interregionales Raumplanungsinformationssystem...“

Gemeinsame Strategien zur Raumentwicklung Berlins in der Ostseeregion und im mittelsüdosteuropäischen Raum...

Seite 10: *Wissenschaft/Forschung:* Anzustreben ist eine Intensivierung des Wissenschaftlerauaustauschs mit Wissenschaftseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa sowie Russland... Weiterentwicklung der Wissenschaftskooperationen der Berliner Hochschulen mit Mittel- und Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

*Wirtschaft/Technologie:* Das Pilotprojekt „**Netzwerk Oderregion**“, in dem die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potentiale der Stadtregionen Posen, Breslau und Stettin einerseits und Berlin andererseits dauerhaft zusammengeführt werden, beinhaltet die Verbindung der Hightech-Potentiale (Kompetenzfelder) der Wirtschaft und Universitäten. In einem systematisch angelegten Kooperationsnetzwerk wird die Exportfähigkeit der KMU's in den Regionen zu beiderseitigem Nutzen entwickelt. Dieses Pilotprojekt geht zurück auf die in einem Berliner Vortrag von Staatspräsident Kwasniewski erstmals artikulierte Vision einer „**Odergemeinschaft für Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft**“.

Seite 11:...

Prüfung, inwieweit EU-Mittel für eine **Netzwerkbildung zwischen Posen, Stettin, Breslau und Berlin** eingeworben werden können, um die KMU's und Hightech-Firmen in den Regionen über die Landesgrenzen hinweg zu vernetzen und Wirtschaftsbeziehungen anzubahnen bzw. den Firmen bei der Entwicklung entsprechender Unternehmensstrategien und Tätigkeitsfelder zu helfen.“.

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen hat ihrerseits einen Entwurf über die künftige MOE erarbeitet „EU-Erweiterung: Berlins Chancen im neuen Europa“ (10.0.2003), der einen Maßnahmenkatalog von 19 konkreten Punkten enthält. Ein Hinweis auf die Schaffung einer Odergemeinschaft für Wissenschaft, Technologie und Forschung ist hierin nicht enthalten.

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur hat auf Initiative des damaligen Senators Radunski am 16. Juni 1998 den Versuch gemacht, mit einem persönlichen Anschreiben an die Leiter sämtlicher Berliner Hochschul- und außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf die Bedeutung einer engeren Zusammenarbeit mit Partneereinrichtungen in den MOE-Ländern hinzuweisen. Wie informell von der Senatsverwaltung zu erfahren war, wurde die Demarche mangels Interesse der Berliner Einrichtungen nicht weiter verfolgt. Wie gering nach wie vor das Interesse der Berliner Universitäten an Hochschulpartnerschaften mit dem Nachbarland Polen ist, zeigt die in der Anlage beigelegte Übersicht.

## **(2) Ziel**

Im Rahmen des Projekts soll eine auf Dauer angelegte Netzwerkentwicklung erreicht werden, durch die die Wissenschafts-, Technologie- und Wirtschaftspotentiale der drei Stadtregionen Breslau, Posen und Stettin gezielt mit dem Raum Berlin zusammengeführt werden. Im Mittelpunkt stehen auf beiden Seiten kleine und mittelständische Unternehmen, die allein schon durch ihre relativ geringe Größe die Chancen der Exportmärkte bisher nicht hinlänglich nutzen konnten. Angeknüpft werden soll an die Vorkriegstradition, als die genannten Stadtregionen in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum verflochten waren. Die EU-Osterweiterung erlaubt es nun, die politische Teilung wirtschaftlich, wissenschaftlich und kulturell zu überwinden und die Chancen des gemeinsamen Europäischen Binnenmarktes zu nutzen. Es ist daher zu begrüßen, dass es der prominenteste polnische Politiker war, nämlich der Staatspräsident der Republik Polen, der von Berliner Boden aus, das bisher von deutscher

Seite eher sporadisch und nicht systematisch behandelte Thema der wissenschaftlichen-technischen Zusammenarbeit Berlins mit den polnischen Nachbarregionen in einem Initiativvorschlag vorzustellen.

### **(3) Bisherige Schritte**

In den drei Ziel-Stadtregionen, Stettin, Posen und Breslau sind in der ersten Jahreshälfte 2003 offizielle und informelle Gespräche mit den führenden Vertretern des jeweiligen Gebietes – Marschälle, Wojwoden, Stadtpräsidenten, Universitätspräsidenten, Wirtschaftskammern etc. geführt worden.

Von Berliner Seite waren hieran beteiligt:

Staatssekretärin Helbig (Stettin und Posen), der vormalige MOE-Koordinator des RBm Martinsen (Breslau), der Verfasser (Stettin 2001), Posen (2 x 2003), Breslau, Warschau (regelmäßig), als Vertreter der IBB, Abteilungsdirektor Mehlhorn et al. (Breslau, Posen und Stettin).

Es ist gelungen, auf polnischer Seite in seiner persönlichen Eigenschaft den früheren Wissenschaftsminister und ehemaligen Rektor der TU Breslau, Andrzej Wiszniewski, dafür zu gewinnen, eine koordinierende unterstützende Rolle für das Projekt zu übernehmen.

Für den Raum Posen, hat sich der ehemalige Rektor der Wirtschaftsuniversität Poznan und langjährige Vorsitzende des Aufsichtsrates der Posener Messe, Bohdan Gruchman, bereiterklärt, diese Aufgabe zu übernehmen. Bei einem geplanten Besuch in Stettin soll u.a. versucht werden, eine Persönlichkeit ähnlichen Ranges aus dem Stettiner Raum zu gewinnen.

Bei seinem Berlinbesuch in dieser Sache ist Minister a.D. Professor Wiszniewski am 17-19.6.2003 mit Frau Staatssekretärin Helbig, BMBF-Staatssekretär Dr. Thomas, Dr. Martinsen, Dr. Peter (IBB) sowie dem IBB-MOE-Team, dem Wista-Geschäftsführer Schmitz und den Geschäftsführern des Internationalen Büros in Adlershof, Dr. Neumann und Dr. Renault, dem damaligen Vorstand der Technologiestiftung Professor Lichtfuß sowie dem Leiter der Außenbeziehungen der TUB, Ermel, zusammengetroffen. Bei einem Besuch des Berliner Bundestagsabgeordneten Detlef Dzembitzki am 18.6.2003 hat sich dieser bereitgefunden, zur politischen Unterstützung des Projektes im Herbst 2003 alle interessierten Sejm- und Bundestagsabgeordneten aus den grenznahen Wahlbezirken nach Berlin zu einem Informationsgespräch einzuladen.

Zur organisatorischen und ideellen Umsetzung der Vision der Schaffung einer „Oderregion“ ist am 15. Dezember 2003 unter Nr. 26207 Nz der Verein „*Odergemeinschaft e.V.*“ in das Vereinsregister bei dem Amtsgericht Berlin Charlottenburg eingetragen worden.

- Vorsitzender: Dr.-Ing.e.h. Wolfram Martinsen, vormalig MOE-Koordinator des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, ehem. Vorstandsmitglied der Siemens AG, Berlin-München
- Stv. Geschäftsführender Vorsitzender: Prof. Dr. Dr.h.c. Klaus-Heinrich Standke, Direktor für Wissenschaft und Technologie a.D. bei den Vereinten Nationen, New York und bei der UNESCO, Paris.
- Stv. Vorsitzender: Stefan Hambura, Rechtsanwalt, Berlin
- Staatssekretär a.D. Klaus Faber, Rechtsanwalt, Potsdam

Weitere Einzelheiten über die derzeitige Mitgliederstruktur sind in der Anlage 2 enthalten.

Bei mehreren informellen Gesprächen mit dem geschäftsführenden stv. Vorsitzenden des Hauptverbandes für den Ausbau der Infrastrukturen in den neuen Bundesländern INFRANEU-e.V., Staatssekretär a.D. Dr. Dieter Flämig und mit der INFRANEU-Koordinatorin, Frau Ursula Leyk, zeigte sich, dass INFRANEU möglicherweise ein idealer Partner für die Mobilisierung der Idee der Schaffung einer grenzüberschreitenden ‚Odergemeinschaft‘ sein könne. Der formelle EU-Beitritt der beiden Nachbarländer Polen und Tschechische Republik am 1. Mai 2004 und der 10. Jahrestag der Gründung von INFRANEU, der am 1.12.2004 im Rahmen einer Festveranstaltung gewürdigt wird, könnte ein öffentlichkeitswirksamer Anlaß sein, eine systematische Zusammenarbeit mit den grenzanrainenden neuen EU-Ländern anzukündigen.

#### **(4) Nächste Schritte**

Als erstes gilt es, statistisches Material über die Potentiale der vier Stadtregionen aufzubereiten: „*Who is who?*“.

Des weiteren kommt es nun darauf an, in allen vier Städten die Namen derjenigen KMU's und wissenschaftlich-technischen Einrichtungen herauszufiltern und ihre Schwerpunktgebiete darzustellen, die sich für eine gezielte Zusammenführung mit Partnern jenseits der Oder eignen und interessieren. Dies kann im Lichte der gemachten Erfahrungen kein mechanistischer Prozeß „auf dem Postwege“ sein, sondern verlangt auf beiden Seiten gezielte Einzelansprachen.

Von besonderer Bedeutung ist die Einbeziehung der Hochschulen in der Hauptstadtregion in die geplante Initiative. Die als Anlage beigefügte Übersicht über die Hochschulpartnerschaften in Berlin und Brandenburg zeigt, dass trotz der räumlichen Nähe zu Polen die Zusammenarbeit mit polnischen Hochschule als unterentwickelt gelten muß.

Der beträchtliche Fundus an geeigneten Partnernamen aus Wirtschaft und Wissenschaft, der in der IBB, in der Technologiestiftung, bei der WFBI durch ihre EU-Technologieprogramme, bei den Mitgliedern von INFRANEU, an den Universitäten und Fachhochschulen, in Adlershof, Buch sowie in den Berliner Gründungszentren u.a.m. besteht, sollte erstmals unter einem gemeinsamen übergeordneten Interesse zusammengestellt werden. Er könnte ferner über das Projekt der Odergemeinschaft hinaus in eine dringend erforderliche gezielte Berliner KMU-Exportinitiative münden. Die kürzliche explorative Reise des Vorstands der Berliner Volksbank in die Oderregion hat in diesem Sinne positive Ergebnisse gebracht.

Hieran sollte sich in allen vier Städten eine erste Serie von ‚Workshops‘ anschließen, die auf ihren jeweiligen Fachgebieten interessierte Partner zusammenführen sollen. Unterstützende Maßnahmen der Bundesministerien, insbesondere von BMWi und BMBF aber auch, wo vorhanden, in den Senatsverwaltungen - gilt es hierbei auszunutzen. Die Erfahrungen der AIF, von KOWI und der in Adlershof domizilierenden „Brücke Osteuropa“ und zweifelsohne auch der Berliner Hochschulen gilt es zu nutzen. Sicherlich werden die Wirtschaftsförderung International Berlin sowie im Rahmen der gewünschten Einbeziehung Brandenburgs die ZAB, Potsdam, bereitwillig ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet zur Verfügung stellen.

Die bisherigen Erfahrungen der „Euroregionen“ gilt es aufzuarbeiten.

Als weiterer Schritt ist zu explorieren, inwieweit die anderen interessierten ostdeutschen Bundesländer, in erster Linie Brandenburg, in das Projekt einbezogen werden können.

Eine Schirmherrschaft von deutscher Seite durch BM Stolpe ist zu erwägen, der sich die Ministerpräsidenten von Brandenburg (prinzipielle Zusage liegt vor), Mecklenburg-Vorpommern oder auch Sachsen sowie der Regierende Bürgermeister von Berlin (Zusage liegt vor) hinzugesellen könnten.

Bei einem informellen persönlichen Gespräch am 12.9.2003 in Genshagen hat sich Bundesminister Stolpe, der als einer der ‚Ahnherren‘ der Odergemeinschaft (‚Stolpe-Plan‘) gelten kann, grundsätzlich an der Verwirklichung der Idee interessiert gezeigt und darum gebeten, über Einzelheiten des Projekts sowie über geplante künftige Schritte unterrichtet zu werden. Ein Gespräch mit dem Leiter der Unterabteilung AR 1 ‚Angelegenheiten der neuen Länder‘, Ministerialdirigent Dr. Hartmut Mangold, ist in Aussicht genommen.

In einer Endphase wird zu bewirken sein, dass das Projekt eine substantielle Unterstützung aus Bundesmitteln, aus polnischen Mitteln und insbesondere aus EU-Mitteln erfährt. Hier könnten erstmals grenzüberschreitende Projektmittel, die vor dem formellen EU-Beitritt Polens nicht in dieser Form verfügbar waren, mobilisiert werden.

Senator Harald Wolf hat in einem Vortrag anlässlich der „Achsenkonferenz Berlin-Stettin“ am 18. März 2005 mit dem Titel „Ein Jahr EU-Erweiterung – Bedeutung für Berlin und Stettin. Die Metropolregion Berlin als Partner für die polnische Grenzregion und die Bedeutung Stettins“ das Thema eines gemeinsamen Wirtschaftsraums wieder aufgegriffen. Er schlägt vor, den Vorschlag der oben erwähnten im Jahr 2003 bereits konzeptualisierten gemeinsamen Wirtschaftskonferenz in die Tat umzusetzen. Er möchte hierdurch *„den Grundstock für ein Verständnis von einer gemeinsamen Region schaffen, und Verständnis für die spezifischen Stärken, die jeweils eingebacht werden können für die Definition gemeinsamer strategischer Interessen, die eine „win-win“-Situation für alle Kooperationswilligen schaffen.“*

Der Senator fährt fort: *„Eine solche an regionalen und wirtschaftlichen Fragen orientierte Zusammenkunft könnte auch die Keimzelle für eine vertiefte institutionelle Zusammenarbeit – beispielsweise durch die Gründung eines Europäischen Verbundes grenzüberschreitender Zusammenarbeit, wie er von der EU mit den neuen Förderrichtlinien vorgeschlagen wurde, oder auch durch Übereinkünfte nach dem Muster des ‚Karlsruher Abkommens‘. Ich bin davon überzeugt, dass wir die geeignete Form finden und umsetzen werden, wenn die regionalen Akteure es wollen und die Vorteile erkennen.“*

Wenn, ja wenn...

Die an sich begrüßenswerten Äußerungen des Senators legen es nahe, dass er bzw. seine Mitarbeiter über die zahlreichen Demarchen, die der ‚Odergemeinschaft e.V.‘ in derselben Zielrichtung bereits seit Jahren unternommen hat, durch den Vorsitzenden nicht unterrichtet ist. Es scheint auch so zu sein, dass zwischen den IBB-Aktivitäten, die der Senator erwähnt und zwischen der „Wachstumsinitiative 2014“, die von sämtlichen Berliner wichtigen wirtschaftspolitischen Akteuren – Kammern und Verbände, Wirtschaftsverwaltung und Wirtschaftsförderung während der Amtszeit des MOE-Koordinators keine arbeitsteilige Absprache über die Aktivitäten des Vereins (einschließlich der vorgesehenen Schirmherrschaften einer Auftaktveranstaltung durch den Regierenden Bürgermeister und dem Brandenburgischen Ministerpräsidenten) erfolgt sind.

Unter diesen Umständen sehe ich keine Daseinsberechtigung für einen Verein, der ohne über eigene oder Fremdmittel zu verfügen, lediglich mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement und dem persönlichen Netzwerk seiner Mitglieder operieren will.

Seit der Vereinssitzung vom 18. Juni 2004 stelle ich eine völlige Funkstille im Vorstand des Vereins fest. Meine grundsätzlichen Programmanschläge vom 18. Juni 2004 (die genau denen entsprechen, die Senator Wolf am 18. März 2005 in seinem Vortrag gemacht hat), wurden vom Vorsitzenden abgelehnt. Die von mir schriftlich vorgelegten Änderungsvorschläge zum Protokoll sind nicht berücksichtigt worden. Eine Vorstandssitzung, wie ich vernehme, in kleiner Besetzung fand am 14. August 2004 statt ohne dass ich hierzu eingeladen wurde und ohne, dass ich zumindest hinterher vom Vorsitzenden unterrichtet wurde, um was es bei der Sitzung im einzelnen ging.

Nachdem meine Programmvorstellungen sich nicht als konsensfähig erwiesen haben und ich überdies den Mangel an Kommunikation innerhalb des Vorstandes im Interesse der Sache, wegen der die Gründer einmal zusammengefunden haben, als unerträglich betrachte, habe ich dem Herrn Vorsitzenden am 5. Januar 2005 mitgeteilt, dass ich mich nicht mehr in der Lage sehe, mein Amt als stv. Geschäftsführender Vorsitzender wahrzunehmen und es deswegen niedergelegt habe. Ich habe von ihm seither nichts mehr gehört.

Unabhängig hiervon hatte ich schon früher darum gebeten, dass gegenüber Außenstehenden, insbesondere gegenüber dem Vereinsregister, meine Adresse nicht als Sitz des Vereins benutzt wird.

Ich bitte, die erforderliche Änderung alsbald vorzunehmen.

KHS im März 2005

## Anlage 1

### Gesprächspartner von KHS zur Schaffung einer Odergemeinschaft:

(Auswahl)

Warschau:

- Dr. Pawel Swieboda, Direktor in der Präsidialkanzlei, jetzt Direktor der Europa-Abteilung im Außenministerium
- Prof. Dr. habil-ing. Michal Kleiber, Wissenschaftsminister
- Dr. Jan Krzysztof Frackowiak, stv. Minister, Ministerium für Wissenschaft und Informationstechnologie, Staatskomitee für wissenschaftliche Forschung (KBN)

Posen:

- Stefan Mikolajczak, Marschall der Wojwodschaft Wielkopolska
- Kazimierz Koscielny, Vize-Marschall der Wojwodschaft Großpolen
- Andrzej Nowakowski, Wojwode Wielkopolski
- Ulrich Junghanns, Brandenburgischer Minister für Wirtschaft
- Ryszard Grobelny, Stadtpräsident von Poznan
- Prof. Dr. hab. Witold Jurek, Rektor der Wirtschaftsuniversität
- Prof. Dr. hab. Bohdan Gruchman, ehem. Rektor der Wirtschaftsuniversität und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Messe Polen
- Prof. Dr. hab. Jerzy Dembczynski, Rektor der Technischen Universität und Vizepräsident der Polnischen Rektorenkonferenz sowie Präsident der Konferenz der polnischen Technischen Universitäten
- Prof. Dr. Stanislaw Lorenc, Rektor der Adam-Mieckiwiecz Universität
- Marcelli Jakubowski, Dezernatsleiter, Zusammenarbeit mit dem Ausland, Marschallamt der Wojwodschaft Großpolen

Stettin:

- Zygmund Meyer, Marschall von Westpommern
- Dr. Henryk Rupnik, Vizemarschall



- Henryk Rupnik, stv. Wojwode, Zachodniopomorskiego
- Prof. Zdzislaw Chmielewski, Rektor der Universität Stettin
- Bartłomiej Sochanski, Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland, ehem. Stadtpräsident von Stettin
- Piotr R. Sulikowski, Direktor des Informationsbüros der Universität Stettin
- Leszek Chwat, stv. Bürgermeister (Wirtschaft)
- Jan Dakowitch, stv. Bürgermeister, kommunale Angelegenheiten
- Ryszard Zajfert, Direktor für Regionalpolitik
- Zbigniew Pluta, Präsident, Westpommerscher Verein für Wirtschaftsentwicklung (ZSRG-SCP)
- Lomgiu Komolowski, ehem. stv. Ministerpräsident
- Herr Soska, Redakteur, Polnisches Fernsehen
- Prof. Dr.hab. Jan Karwoski, Dekan, Universität Stettin
- Prof. Dr. Drazek, Direktor, Deutsch-polnischer Studiengang, Universität Stettin

Breslau:

- Henryk Golebiewski, Marschall der Wojwodschaft Niederschlesien
- Prof. Dr. Dr.h.c. Andrzej Wiszniewski, ehem. Minister für Wissenschaft der Republik Polen, ehem. Rektor der Technischen Universität Breslau
- Jaroslaw Obremski, Vizepräsident der Stadt Breslau
- Prof. Dr. Tadeusz Luty, Rektor der Technischen Universität Breslau
- Prof. Dr. Zdzislaw Latajka, Rektor der Universität Breslau
- Prof. Dr. Franciszek Polomski, Vorsitzender des Kuratoriums, Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien
- Dr. K. Ruchniewicz, Direktor, Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland und Europa-Studien

Zielona Gora:

- Andrzej Bochenski, Marschall, Lubuser Land

## Anlage 2

### Odergemeinschaft e.V., Berlin

#### Vorsitzender:

Dr. Ing. e.h. **Wolfram O. Martinsen**,  
vormaliger MOE-Koordinator des Regierenden Bürgermeisters von Berlin,  
ehem. Mitglied des Vorstandes, Siemens AG  
[Martinsen@t-online.de](mailto:Martinsen@t-online.de)

#### Geschäftsführender stv. Vorsitzender:

Prof. Dr. Dr..h.c. **Klaus-Heinrich Standke**,  
Präsident des Komitees zur Förderung der deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit e.V. , (,Weimarer Dreieck')  
ehem. Direktor für Wissenschaft und Technologie, Vereinte Nationen, New York  
[KHSTANDKE@aol.com](mailto:KHSTANDKE@aol.com)

#### stv. Vorsitzender:

**Stefan Hambura**,  
Rechtsanwalt, Partner in der Sozietät von Pander & Kollegen, Berlin  
[stefan@hambura.com](mailto:stefan@hambura.com)

#### Mitglieder:

**Klaus Faber**, Staatssekretär a.D., Rechtsanwalt  
Geschäftsführender Vorsitzender des Wissenschaftsforums der  
Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern  
[Klaus\\_Faber@t-online.de](mailto:Klaus_Faber@t-online.de)

Prof. Dr. habil. **Bohdan Gruchman**

ehem. Rektor der Wirtschaftsuniversität Posen  
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Messe AG, Posen  
[Gruchman@novci1.ae.poznan.pl](mailto:Gruchman@novci1.ae.poznan.pl)

**Dr. Reinhard Klein,**  
Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Gorzow/Berlin,  
[Klein@twg.pl](mailto:Klein@twg.pl)

Prof. Dr. habil. **Andrzej Mulak**  
ehem. Rektor der Technischen Universität Breslau

**Longin Komolowski,**  
ehem. stv. Ministerpräsident der Republik Polen, Stettin

**Zbigniew Pluta,**  
Präsident des Westpommerschen Vereins für Wirtschaftsentwicklung (ZSRG-SCP), Stettin

**Dr. Jean-François Renault,**  
Leiter des deutsch-französischen büros / bureau franco-allemand (dfb-bfa) und  
Geschäftsführer der InnoFA GmbH in Berlin-Adlershof:  
[Renault@innofa.org](mailto:Renault@innofa.org)

**Michael Stoll,**  
Leitender Baudirektor und Gruppenleiter I S 1: EU und EU-Osterweiterung – kommunale  
Fachplanungskontakte mit europäischen Großstädten, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin:  
[Michael.Stoll@senstadt.verwalt-berlin.de](mailto:Michael.Stoll@senstadt.verwalt-berlin.de)

**Dr. Piotr Swiątek,**  
Leiter „Fit for Europe“, Koordinierungsstelle der Wissenschaften (KoWi) in Bonn:  
[p.swiatek@gmx.de](mailto:p.swiatek@gmx.de)

**Jan Waszkiewicz**  
ehem. Marschall der Wojewodschaft Niederschlesien, Breslau

Prof. Dr. habil. **Andrzej Wiszniewski**  
ehem. Wissenschaftsminister der Republik Polen, Breslau  
[awisniewski@wr.home.pl](mailto:awisniewski@wr.home.pl)

## **Exkurs: Deutsch-Französische und Deutsch-Polnische Hochschulpartnerschaften in Berlin und Brandenburg**

**Freie Universität Berlin:**

41.886 Studierende (WS 2001/02), davon 5.415 Ausländer, hiervon 220 aus Frankreich und 550 aus Polen  
Von den 266 internationalen Hochschulkooperationen der FU entfallen 34 auf Frankreich und 8 auf Polen

**Humboldt Universität Berlin:**

36.479 Studierende (WS 2001/02), davon 4.336 Ausländer, hiervon 217 aus Frankreich und 355 aus Polen  
Von den 295 internationalen Hochschulkooperationen der HUB entfallen 43 auf Frankreich und 8 auf Polen

**Technische Universität Berlin:**

28.933 Studierende (WS 2001/02), davon 5.621 Ausländer, hiervon 113 aus Frankreich und 239 aus Polen  
Von den 361 internationalen Hochschulkooperationen der TU entfallen 63 auf Frankreich und 10 auf Polen

**ESCP-EAP Europäische Wirtschaftshochschule Berlin:**

200 Studierende (WS 2001/02), davon 139 Ausländer, hiervon 44 aus Frankreich und 55 aus Polen

**Universität Potsdam:**

13.886 Studierende (WS 2001/02), davon 1.310 Ausländer, hiervon 89 aus Frankreich und 69 aus Polen  
Von den 18 internationalen Hochschulkooperationen der Universität Potsdam entfallen 1 auf Frankreich und 3 auf Polen

**Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.:**

4.549 Studierende (WS 2002/03), davon 1.932 Ausländer, hiervon 1.512 Polen und 28 Franzosen  
Von den 59 internationalen Hochschulkooperationen der Viadrina entfallen 6 auf Frankreich und 6 auf Polen

**Brandenburgische Technische Universität Cottbus:**

Rund 5.000 Studierende (WS 2002/03), davon 1.210 Ausländer, hiervon 120 Polen und 6 Franzosen  
Von den 48 internationalen Hochschulkooperationen der BTU entfallen 5 auf Frankreich und 7 auf Polen

**Quelle: Standke, Klaus-Heinrich, Perspektiven von Hochschulkooperationen im Weimarer Dreieck (Deutschland-Frankreich-Polen), in: BerliNews, 7. April 2003, [www.BerliNews.de](http://www.BerliNews.de)**